

Politik ohne politische Bildung: „Die Dame ohne Unterleib“

Roland Sturm

Die Zirkus-Attraktion der „Dame ohne Unterleib“ lebte von der Illusion, der Selbsttäuschung des Betrachters. Daß anatomische Wunder der körperlichen Verstümmelung nicht überlebensfähig sind, blieb den Zeitgenossen nicht verborgen. Niemand wäre auf die Idee gekommen, der Selbsttäuschung außerhalb des Zirkuszeltens anzuhängen. Was aber haben „Selbsttäuschung“ und „Amputation von Realität“ mit der politischen Bildung zu tun?

Der Zusammenhang stellt sich her über das gegenwärtige Verständnis von erfolgreicher Politik. Wie werden Wahlen gewonnen? Antwort: Im Wettbewerb der Parteien. Welche Partei ist erfolgreich: Diejenige, die den Bürgerinnen und Bürgern (ohne Garantie und nicht unbedingt realitätsnah) die meisten staatlichen Leistungen verspricht. Der Trend ist eindeutig. Die Zahl der Stammwähler und der „ideologisch“ gebundenen Wähler nimmt ab. Die Zahl der Wechselwähler und der Nichtwähler nimmt zu und damit die Zahl derjenigen Wähler, die mit dem Versprechen auf bessere und neue staatliche Versorgung mobilisiert und gewonnen werden können.

Die Politikwissenschaft hat für die so entstehende Zustimmung zu einem politischen System und zur Demokratie den Begriff der output-Legitimation geprägt. Die Politik will daran gemessen werden, wie schnell und wie weit sie den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger entgegenkommt. Um diese zu ermitteln, wird großflächig das Instrument der Umfragen eingesetzt. In einer solchen Schönwetterdemokratie, in der Politik sich vor allem auf die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums konzentriert und die nur in Zeiten funktioniert, die auch zeitgenössische Betrachter als „Wunder“ bezeichnet haben („Wirtschaftswunder“), bedarf es in der Tat der politischen Bildung zur Abwehr von „Systemkritik“ nicht. Die unterstellte Identität von Wohlstand und Demokratie mag zwar normativ nicht zu überzeugen. Die deutsche Nachkriegszeit hat aber gezeigt, daß die Zustimmung zur Demokratie durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung (in Westdeutschland) und die Erfolgsgeschichte der DM deutlich erleichtert wurde. Noch im Umfeld der Diskussion zur Einführung des Euro bemerkte Jacques Delors, der damalige EU-Kommissionspräsident: „Nicht alle Deutschen glauben an Gott, aber alle an die Deutsche Bundesbank“.¹

Die funktionierende output-Legitimation eines politischen Systems hat aber auch eine Schattenseite. Sie kreiert die Selbsttäuschung, daß Demokratie ihrer normativen Selbstvergewisserung, ihrer institutionellen Identität und der aktiven Mitgestaltung jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin nicht mehr bedarf. Fahrlässig simplifizierend wird von einer permanenten und irreversiblen quasi-genetisch verankerten Demokratieneigung von Politikergenerationen und Staatsbürgern ausgegangen. Jeglichem politischen Verhalten wird ungefragt und unreflektiert Demokratietauglichkeit unterstellt. Die Verfassung wird zu einem weitgehend ignorierten Dokument. Wenn es um Verfassungsreformen geht, drängen immer weitere Spezialinteressen in das Dokument (vom Tierschutz über die Hauptstadtfrage bis hin zu Finanzgarantien für Ostdeutschland), ohne daß der eigentliche Gehalt einer Verfassung, nämlich Ausdruck zu sein des demokratischen Konsens einer Gesellschaft, noch mitbedacht wird. Bisher letztes Beispiel hierfür ist die Ausblendung der demokratiethoretischen Grundlagen des Föderalismus durch die Föderalismusreformkommission von Bundestag und Bundesrat (2004) bei ihrem Anlauf die „Mutter aller Reformen“ (Edmund Stoiber) zu entwerfen.²

Ähnlich stiefmütterlich werden die politischen Institutionen behandelt. Sie gelten nicht mehr als geronnener Ausdruck gesellschaftlich anerkannter Spielregeln, sondern als eine Art Verwaltungsverfahren, das relativ beliebig wechselnden Ansprüchen an die Durchsetzung politischer Projekte angepaßt werden kann. Warum erscheint heute beispielsweise Theodor Eschenburgs Rüge exotisch: „Was fällt Ministerpräsidenten [...]ein, im Bundestag, obwohl sie keine Abgeordneten sind, rein parteipolitische Reden zu halten? Das ist Mißbrauch des Rederechts und könnte vom Bundestagspräsidenten verhindert werden.“³ Die Antwort lautet: Längst haben wir uns an institutionellen „Vandalismus“ gewöhnt. Um nur einige der vielen Fälle der letzten Jahrzehnte zu nennen (mangelndes Erinnerungsvermögen in diesem Zusammenhang bestätigt nur die These): Zum Beispiel, daß das Amt des Bundespräsidenten in Koalitionsverträgen verschachert wird (Einigung auf Johannes Rau 1998); daß Koalitionspartner meinen, Minister selbst ernennen zu können (Fall Günter Rexrodt 1993), obwohl das Grundgesetz diese Kompetenz eindeutig dem Bundeskanzler zuordnet; oder daß die eindeutige Festlegung zur einheitlichen Stimmabgabe im Bundesrat (Artikel 51,3 GG) politisch willkürlich uminterpretiert wird (2003).

Konsequente und einseitige Stärkung der output-Legitimation des politischen Systems macht die Empathie der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie von der Kassenlage abhängig und unterhöhlt das demokratische Selbstverständnis. Das mit der output-Legitimation begründete Leugnen der Sinnhaftigkeit politischer Bildung opfert das Bemühen um Verbindendes und für alle Verbindliches in einer Gesellschaft. Verfassungsordnungen können in diesem Zusammenhang durchaus dem Dahrendorfschen Begriff der „Ligaturen“ zugeordnet werden: „Vom Standpunkt des einzelnen stellen sich Ligaturen als Bezüge dar. Sie geben dem Ort, den er innehat, Bedeutung. Überhaupt kennzeichnet Ligaturen das Element des Sinns und der Verankerung.“⁴ Ligaturen entstehen nicht durch mehr Wissen über das Zustandekommen besserer Outputs, wie ein Spezialtraining in Betriebs- oder Volkswirtschaft. Der Sinnverlust demokratischer Gemeinwesen heute ist für sie folgen-schwer. Weshalb?

Die Antwort findet sich in einer realistischen Betrachtung des Weltgeschehens. Was ist der gesellschaftliche „Normalzustand“? Sicher nicht der Überfluß, sondern die Situation der Knappheit. Politische Entscheidungen kreieren Verlierer und Gewinner, wenn der Staat darauf verzichtet (was er früher oder später tun muß) durch Flucht in die Staatsverschuldung Überfluß vorzugaukeln, um damit die Illusion der funktionierenden output-Legitimation zu bedienen. Was aber hält ein Gemeinwesen noch zusammen, was erhält die Demokratie als Lebens- und Staatsform, wenn sie nicht mehr alleine auf die output-Legitimation setzen kann?

Hierauf gibt es zwei Antworten: Die erste, heutige gängige lautet, der Zwang der internationalen Bündnisse und Märkte. Europäische Union oder NATO auf der einen Seite und das negative Rating der Märkte, das Ungewissen, weil undemokratischen Investitionsbedingungen auf dem Fuße folgt, diszipliniert zur Demokratie. Wie Märkte mit Demokratie umgehen läßt sich aber auch an der Begeisterung für Investitionen in China ablesen, wo weiter gefoltet wird, Arbeitnehmer weitgehend rechtlos sind und Menschen öffentlich hingerichtet werden. Die Europäische Union ist da schon eine etwas sicherere Karte, aber will man in Deutschland ernsthaft darauf verzichten, Demokratie auch in schweren Zeiten aus eigener Kraft begründen zu können?

Gerade Feinde der Demokratie, wie die NPD in Sachsen mit ihrem anti-Hartz IV Wahlkampf, vertrauen darauf, daß sie mit ihrer Kritik am „System-output“ die Legitimität demokratischer Politik unterminieren können. Solche Hetzkampagnen stoßen dann ins Leere, wenn sie auf Bürgerinnen und Bürger treffen, die Demokratie als mehr begreifen als nur formale Regierungstechnik, nämlich als die von ihnen selbst gewählte und bevorzugte Lebensform. Demokratie und Beteiligung gehören in diesem Zusammenhang eng zusammen. Und Voraussetzung dafür, daß demokratische Verfahren nicht ohne den Unterbau demokratischer Wertorientierungen daher kommen, ist ein Prozeß der Sozialisation in die Demokratie. Politische Bildung zur Gewährleistung dieser Sozialisation wäre die zweite Antwort auf das Versagen der output-Legitimation.

Damit sollte das Paradox des Umgangs mit politischer Bildung heute deutlich geworden sein. Bürgerinnen und Bürger, die Demokratie als die Summe staatlicher Wohltaten zu sehen gelernt haben, weil ihnen der nicht zuletzt durch politische Bildung vermittelte „Unterleib der Demokratie“ fehlt, erscheinen auf den ersten Blick politisch pflegeleicht. Sie sind durch eine Politik des „Noch mehr“ zu gewinnen. Eine solche Politik ist aber zutiefst unrealistisch und trotz Überdehnung der öffentlichen Kassen nicht mehr möglich. Dennoch redet sich die Politik ein, es bedürfe der gesellschaftlichen Fundierung der Demokratie und damit auch der politischen Bildung nicht (mehr). Was aber will sie an die Stelle der output-Legitimation setzen, wenn diese versagt? Wie kann sie erklären, daß es Unterschiede zwischen qualitativem und quantitativem Output gibt, oder wie will sie gar Gruppenegoismen im Namen des „Gemeinwohls“ zurückweisen? Eine Demokratie, die auf der Zustimmung und aktiven Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger beruht, hat Stabilitätsressourcen, die eine Gesellschaft, die staatliche Institutionen und Politik nur als Dienstleister sieht, nicht hat. Sie kann viel eher auch schmerzliche Entscheidungen treffen, weil es akzeptiert und verstanden wird, daß sie von demokratisch responsiven Repräsentanten stellvertretend verantwortet werden und nicht nur Managemententscheidungen von Fachleuten oder gar von Dirigenten der öffentlichen Meinung sind.

Politische Bildung wird gerade in Krisenzeiten mehr gebraucht als jemals zuvor. Nicht um negative Nachrichten positiv einzupacken und zu verkaufen, auch nicht um kurzfristig gegen NPD-Erfolge oder Ausländerfeindlichkeit zu mobilisieren, sondern um mittel- und langfristig jene individuellen politischen Dispositionen mitzuformen, die solches demokratiefeindliche Verhalten ausschließen und, was noch wichtiger ist, die output-Krisen des politischen Systems beispielsweise wegen wirtschaftlicher Probleme nicht zu einer Krise werden lassen, die die Demokratie an sich in Frage stellt. Politik ohne politische Bildung ist aus der Sicht der gesellschaftlichen Fundierung und Tradierung des demokratischen Konsenses in der Tat eine „Dame ohne Unterleib“.

Anmerkungen

- 1 Zitiert nach Reimut Jochimsen: Die Einführung der neuen europäischen Währung aus deutscher Sicht, in: Staatswissenschaften und Staatspraxis 9(1), 1998, S. 6.
- 2 Ausführlich: Roland Sturm: Bürgergesellschaft und Bundesstaat. Demokratietheoretische Begründung des Föderalismus und der Föderalismuskultur, Gütersloh/Berlin 2004.
- 3 Theodor Eschenburg: Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933-1999, Berlin 2000, S. 278.
- 4 Ralf Dahrendorf: Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, Frankfurt am Main 1979, S. 51.